

Positionspapier der IHK Saarland zur „Energie- und Klimapolitik“

Verantwortung übernehmen, Standortnachteile vermeiden

Der Schutz des Klimas und die Anpassung an den Klimawandel stellen zentrale Zukunftsaufgaben für die gesamte Gesellschaft dar. Die saarländische Wirtschaft ist sich der Bedeutung und der Herausforderungen des Klimaschutzes bewusst und bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens vom 12. Dezember 2015. Dies betrifft insbesondere das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Saarländische Unternehmen stellen sich deshalb der Verantwortung, ihren Beitrag zum Klimaschutz durch Innovationen bei Prozessen, Produkten und Dienstleistungen weiter zu steigern. Sie haben bereits durch vielfältige Initiativen und Projekte gezeigt, dass sie die erforderlichen Veränderungsprozesse für einen verstärkten Klimaschutz konstruktiv unterstützen. Seit Jahren investieren sie in klimaschonende Technologien und Maßnahmen zur Erreichung der CO₂-Reduktionsziele.

Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und Wohlstand schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich auf lange Sicht gegenseitig. Die Saarländische Wirtschaft sieht sich deshalb als wichtigen Partner der Politik in der Klimaschutzpolitik. Allerdings besteht zunehmend politischer Handlungsbedarf, um Risiken für die saarländische Wirtschaft sowie die hiesigen Arbeitsplätze abzuwenden. Nur im engen Schulterschluss mit den Unternehmen kann effizienter Klimaschutz politisch und gesellschaftlich nachhaltig umgesetzt werden.

Wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit und zeitlich realistische Ziele müssen neben dem Umweltschutz gleichberechtigte Belange einer nachhaltigen Entwicklung sein. Eine konsistente und verlässliche Energie- und Klimapolitik, die die ökonomische, soziale und ökologische Dimension gleichrangig beachtet, muss deshalb Grundlage allen energie- und klimapolitischen Handelns sein. Dabei ist zu beachten, dass die Energie- und Klimapolitik ein komplexes Geflecht von sich gegenseitig beeinflussenden Akteuren und Maßnahmen bildet. Damit insbesondere die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen dem steigenden Transformationsdruck standhalten können, ist auf Seiten der Politik eine stärkere Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und zeitlichen Wechselwirkungen unumgänglich. Dabei sollte die Politik mehr auf marktwirtschaftliche Lösungen und Technologieoffenheit setzen, als auf Verbote und eine überbordende staatliche Regulatorik. Denn Innovationen und Wachstum sind stets das Ergebnis von Freiheit, Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräumen und nicht von Verboten.

Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist eine elementare Voraussetzung für Produktion, Wachstum und Arbeitsplätze. Bedingt durch den hohen Anteil energieintensiver Industrien im Saarland beeinflussen die Energiepreise deshalb überdurchschnittlich die Wettbewerbsfähigkeit strukturprägender Branchen der Saarländischen Wirtschaft und damit auch die regionale Standortentwicklung. So lag der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung im Jahr 2019 mit 24,4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 21,6 Prozent. Darüber hinaus steht dieser Sektor der Saarländischen Wirtschaft mit einer direkten Exportquote von knapp 51 Prozent verstärkt im internationalen Wettbewerb und wird deshalb überproportional durch steigende Energiepreise und potentielle Versorgungsengpässe belastet. Gesteigert wird dieser Effekt noch durch die Einbindung

der Saarindustrie in die Wertschöpfungsketten exportorientierter Unternehmen an anderen bundesdeutschen Standorten.

Dem Weltklima ist deshalb auch nicht geholfen, wenn unsere Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit wegen ausufernder Energie- und CO₂-Preise verlieren und die Produktion ganzer Branchen in Länder verlagert wird, in denen weit niedrigere Standards beim Umwelt- und Klimaschutz gelten (Carbon Leakage). Wer effektiven Klimaschutz betreiben und die Energiewende erfolgreich voranbringen will, darf die Unternehmen nicht mit immer ambitionierteren Zielen überlasten. Das Bestreben der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) muss es deshalb sein, auf internationaler Ebene ein „level playing field“ (gleiche Wettbewerbsbedingungen) für alle Volkswirtschaften zu schaffen. Nur dann wird es auch möglich sein, Klimaschutztechnologien als Export-Chance für die deutsche Wirtschaft zu entwickeln. Das Zuviel des Guten in zu kurzer Zeit und noch dazu oftmals in unkoordinierter Weise erzeugt dagegen erhebliche Risiken für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Durch die Einführung zu weitreichender nationaler Zielpfade und engmaschiger Sektorenziele drohen nachteilige, teilweise existenzgefährdende Belastungen für die saarländische Wirtschaft.

Deshalb wendet sich die IHK Saarland mit folgenden Kernforderungen an die Politik:

<p>Ökonomische, ökologische, soziale und zeitliche Wechselwirkungen von Klimaschutzforderungen und -maßnahmen stärker beachten</p>	<p>Die saarländische Wirtschaft fordert eine transparente Marktfolgenabschätzung politisch geplanter bzw. verabschiedeter Klimaschutzmaßnahmen sowie eine stärker fakten- bzw. evidenzbasierte Auseinandersetzung mit den sich daraus ergebenden ökonomischen, ökologischen, sozialen und zeitlichen Zielkonflikten.</p> <p>Neben den erklärten Klimaschutzmaßnahmen (Plan A) ist unbedingt ein alternativer Maßnahmenkatalog (Plan B) aufzubauen und nachzuhalten. Auf diesen muss notfalls zurückgegriffen werden können, um im Versagensfall von Plan A die gemeinsam verfolgten Klimaschutzziele im Sinne eines effizienten Gleichklangs ökonomischer, ökologischer, sozialer und zeitlicher Implikationen zu erreichen.</p>
<p>Energiepreise, insbesondere Strompreise senken und Mehrbelastungen durch hohe Energiewendekosten offen kommunizieren</p>	<p>Die saarländische Wirtschaft sieht die Politik in der akuten Pflicht, eine Strompreisentlastung für die heimischen Unternehmen herbeizuführen.</p> <p>Es gilt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch unverzügliche Anpassungen der die Strompreise beeinflussenden nationalen Klima- und Energiepolitik zu stärken (z. B. Energiesteuern, EEG, Besondere Ausgleichsregelungen und Ausweitung von Kompensationsmöglichkeiten etc.). Auf die ggf. dazu nötigen Anpassungen des EU-rechtlichen Rahmens ist vom Bund mit Nachdruck einzuwirken.</p> <p>Eine Senkung der Energiepreise ist aus Sicht der Wirtschaft unverzichtbar. Genauso wichtig ist die offene und unverblümete Kommunikation der mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der Klima- und Energiepolitik auf die Gesellschaft. Dies gilt insbesondere auch für neue Instrumente wie etwa das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG).</p>

Versorgungssicherheit sicherstellen (Non-Blackout-Garantie)	<p>Die saarländische Wirtschaft fordert eine Non-Blackout-Garantie in Form einer vollumfänglichen Grundlastsicherstellung auch im Falle ungünstiger Szenariokonstellationen. Die Garantie soll sowohl für Stromerzeugung, Stromnetz als auch für die Versorgung mit Brennstoffen und alternativen Energieträgern gelten.</p> <p>Neben einer generellen Non-Blackout-Garantie schließt dies auch weitere Vorkehrungen gegen Stromschwankungen im Millisekundenbereich mit ein. Diese führen bereits beim heutigen Versorgungsstandard nachweislich zu hohen Schäden in der betrieblichen Produktion.</p> <p>Generell ist das aktuelle Niveau der deutschen Energieautarkie als Mindestmaß zu wahren bzw. unter Berücksichtigung von Kosteneffizienzaspekten insbesondere im Bereich der kostenintensiven Reserveleistungsvorhaltung tendenziell zu erhöhen.</p>
Innovationen technologieoffen fördern und uneingeschränkt nutzbar machen	<p>Zur Bewältigung der Klimaschutzherausforderungen fordert die saarländische Wirtschaft von der Politik eine spürbare FuE-Förderung, die sich neben monetären bzw. steuerlichen Anreizen auch durch eine grundsätzliche Technologieoffenheit auszeichnet. Jegliche Förderung ist ausdrücklich nicht auf einzelne, exponierte Technologien zu fokussieren.</p> <p>Dies schließt einerseits die Förderung der Entwicklung hocheffizienter und flexibler Speicherlösungen mit ein, und andererseits die Möglichkeit, lastgang- und bedarfsorientiert auf alternative Technologien wie bspw. Wasserstoff umzustellen und diese strukturiert steuer- und anpassbar als Energie- und Prozesswärmequellen in die betrieblichen Produktionsprozesse zu integrieren. Ebenfalls zu beachten sind die Potenziale von E-Fuels im Bereich der Mobilität.</p>
Ausbau der Netzinfrastruktur und der erneuerbaren Energien zügig vorantreiben	<p>Die beschlossenen Sektorziele und der gesetzlich fixierte Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung erfordern den zügigen und umfassenden Ausbau der Netzinfrastruktur und der erneuerbaren Energien in Deutschland. Bei Letzteren ist grundsätzlich das Prinzip der komparativen (Kosten-)Vorteile zu beachten, damit der Ausbau dort erfolgt, wo er ökonomisch am sinnvollsten ist und somit die Kosten für die Verbraucher im Rahmen bleiben.</p> <p>Die Entwicklung hinreichend dimensionierter Strom- und Energietrasse n duldet keinen weiteren Aufschub. Nur so kann sichergestellt werden, dass 2038, wenn das letzte Kohlekraftwerk spätestens vom Netz gehen soll, an jedem Wirtschaftsstandort in Deutschland ausreichend Energie für betriebliche Prozesse zur Verfügung steht.</p> <p>Bei der Auslegung des politischen Regulierungsrahmens ist aus Sicht der saarländischen Wirtschaft auf ein gesundes Augenmaß zu achten. Die freien Marktmechanismen dürfen keinesfalls durch ein Übermaß an staatlicher Regulierung und/oder Markteingriffe negativ beeinflusst werden. Hauptanspruch des Bundes muss es sein, wirtschaftsgerecht die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.</p>